

6-Punkte-Resolution zum Frieden in Europa und der Welt

Beispielhaft zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine

1) Mit großer Sorge schauen wir auf die Art und Weise, wie die Gründe für die erforderlichen Investitionen in die Bundeswehr in Politik und Medien kommuniziert werden. Statt sich auf eine wirksame Verteidigungsbereitschaft zu berufen, wird ständig eine „Kriegsertüchtigung unseres Landes“ eingefordert, die den Krieg als Mittel der Politik zunehmend denkbar erscheinen lässt. Im Krieg Russlands gegen die Ukraine kämpfen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch Christen gegen Christen. Das ist ein Schreckensszenario, das nach unserem biblischen Verständnis dem Willen und der Liebe Gottes zu allen Menschen völlig widerspricht.

Die enge Verbundenheit mit Jesus und seiner Botschaft, seiner Verkündigung und seinem Leben bestärkt das Versöhnungshandeln von uns Christen, das grenzüberwindend Menschen zusammenführen kann. Als gläubige Christen und Glieder der Evangelischen Kirche Deutschlands sollten wir aktiv für einen Frieden in der Ukraine und bei anderen Konfliktherden in der Welt eintreten. Ein Ansatz wäre, auf der Ebene der Gläubigen ein Netzwerk über die Grenzen der Kriegsgegner hinweg aufzubauen, um auf der Ebene des gemeinsamen christlichen Glaubens Verständigung zwischen den Menschen herbeizuführen mit dem Ziel, Forderungen für Verhandlungen über ein Kriegsende sowohl in der ukrainischen und europäischen, als auch in der russischen Bevölkerung zu artikulieren. Die Probleme bei der praktischen Umsetzung dieses Ansatzes sind uns bewusst. Wir hoffen auf ein großes Netzwerk im Bereich der Kirchen, das dann punktuell eine genügend große Zahl von möglichen Kontakten nach Russland bereitstellen kann. Der Versuch, solche Kontakte ausfindig zu machen und zu bündeln könnte der erste Schritt in Hinblick auf einen Gedankenaustausch mit Christen in Russland bedeuten.

2) Wir verschließen unsere Augen nicht vor der gegenwärtigen geopolitischen Situation, die der Ukraine eine Gegenwehr zur russischen Aggressionspolitik und den westlichen Staaten eine wirksame Unterstützung der angegriffenen Ukraine abverlangt, um größeres Unheil zu verhindern. Gegen die von Russland täglich angewandte aggressive und auch die Zivilbevölkerung rücksichtslos treffende Gewalt kann der Einsatz militärischer Mittel als "ultima ratio" entgegen allen friedensethischen Einsichten als legitim angesehen werden. Wir sind aber besorgt darüber, dass neben der Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen einerseits der Kontakt zur russischen Führung auf Augenhöhe andererseits so gut wie nicht stattfinden kann. Staaten und deren Repräsentanten, die nicht mehr miteinander kommunizieren, verlieren sukzessive das Verständnis füreinander. Es wäre aber von großer Bedeutung, Russland davon zu überzeugen, dass die Nato sich als reine Verteidigungsgemeinschaft versteht und nie die Absicht eines Angriffskrieges verfolgen wird.

3) Wir fordern die Bundesregierung und die westlichen Demokratien dazu auf, den zunehmenden Provokationen von Russland beharrlich mit immer wiederkehrenden

Gesprächsangeboten zur Deeskalation der aufgeheizten Atmosphäre sowie zu Friedensbemühungen im Ukrainekrieg entgegenzuwirken. Es darf nicht sein, dass die westliche Verteidigungsgemeinschaft in die alten Muster vergangener Jahr-hunderte verfällt, die militärische Provokationen ausnahmslos mit der Demonstration der eigenen militärischen Stärke beantworteten.

Wir fordern stattdessen aktive Bemühungen um diplomatische Lösungen zur Beilegung des gewalttätigen Konflikts. Was heute nottut, ist eine Deeskalationspolitik, die die Sicherheit aller Staaten durch gegenseitige Gespräche und ein Miteinander aller Länder gewährleistet.

4) In Erinnerung an den Beginn des 2. Weltkrieges vor 87 Jahren, der von der deutschen Diktatur des Nationalsozialismus aus rein imperialistischen Motiven vom Zaun gebrochen wurde, warnen wir davor, zu den laufenden Kriegsführungen heute und zu den aktuellen Gefahren eines weltweiten Atomkrieges zu schweigen. Wir fühlen uns verpflichtet hierzu unsere Stimme zu erheben, auch im Gedenken daran, dass vor 87 Jahren so gut wie keine protestierenden Stimmen gegen den völkerrechts-widrigen Angriffskrieg des deutschen Reiches laut wurden. Wir wollen uns in Zukunft nicht nachsagen lassen, aus Bequemlichkeit, Gleichgültigkeit oder Sorglosigkeit zu den Vorkommnissen auf der weltpolitischen Bühne geschwiegen zu haben.

5) Eine Staatsführung, die das Szenario eines dritten Weltkrieges nicht kategorisch ausschließt, riskiert den Untergang der Menschheit durch den Einsatz von tausenden Atomwaffen. Mit großer Besorgnis nehmen wir die Aussage des Nato-Generalsekretärs Mark Rutte vom Freitag, den 10. Oktober 2025, zur Kenntnis, dass „das Nato-Manöver „Steadfast Noon“ keine Reaktion auf die jüngsten russischen Luftraumverletzungen oder andere Provokationen darstelle. Dennoch solle das Manöver auch klare Signale an Moskau senden, dass die Nato im Fall der Fälle auch bereit sei, sich mithilfe von Nuklearwaffen zu verteidigen“ (Zitat Ende). Mit dieser Aussage bestätigt der oberste Nato-Befehlshaber die Bereitschaft zum Ersteinsatz von Atomwaffen. Es wird billigend in Kauf genommen, dass es bei einem militärischen Konflikt der Atom-mächte keinen Gewinner geben kann, sondern die ganze Menschheit auf der Verliererseite stehen wird. Anders als die Denkschrift der EKD-Synode vom 10.11.2025 erkennen wir nicht an, dass die Drohung mit Atomwaffen einer wirkungsvollen Verteidigung dienen kann.

6) Wir befürworten daher eine Sicherheitspolitik, die auf Gewaltüberwindung, erneute gegenseitig kontrollierte Abrüstung, zivile Kooperationen und die Einhaltung des Völkerrechts durch alle NATO-Staaten einschließlich der USA sowie alle Nicht-NATO-Staaten fokussiert ist. Wir regen an, neue Wege zu so einer globalen Sicherheit blockübergreifend gemeinsam zu entwickeln. Gerade der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine zeigt, wie wichtig weltweit akzeptierte, langfristige Perspektiven für eine globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur sind.

Die ökologischen und vom Klimawandel bedingten, die politischen und sozialen Herausforderungen, vor denen die Menschheit steht, lassen sich nur zusammen mit der weltweiten Überwindung militärischer Bedrohungen und Konfrontationen lösen.